



Bericht aus Berlin

4 / 2011

Heute erhalten Sie die Ausgabe Nummer 4 meines Berichts aus Berlin.

Viel Freude bei der Lektüre wünscht Ihnen

Ihr

Aus dem Plenum

Libyen: Deutschland ist verlässlicher Bündnispartner

In der vergangenen Woche hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Resolution 1973 militärische Maßnahmen zum Schutz der libyschen Zivilbevölkerung autorisiert. Die Unionsfraktion hat in dieser Woche im Deutschen Bundestag die politischen Ziele der Vereinten Nationen, die durch diese Resolution zum Ausdruck kommen, ausdrücklich unterstützt. Deutschland wird sich allerdings nicht mit eigenen Soldaten an der Umsetzung des Mandats beteiligen. Dafür entlastet Deutschland seine NATO-Partner mit zusätzlichen Kapazitäten für den Einsatz in Afghanistan.

Über den Antrag der Bundesregierung zur „Beteiligung deutscher Streitkräfte am Einsatz von NATO-AWACS im Rahmen der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (International Security Assistance Force, ISAF) in Afghanistan unter Führung der NATO“ hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche in erster und in abschließender Lesung beraten und namentlich abgestimmt. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen wurde das Mandat verabschiedet, mit dem die Beteiligung von 300 deutschen Soldaten an AWACS-Missionen zur Überwachung des afghanischen Luftraums möglich wird. Diese ist zur Regelung des in den vergangenen Jahren stark angestiegenen zivilen Luftverkehrs notwendig, aber auch zur Unterstützung von Operationen von ISAF-geführten Bodentruppen. Trotz dieser zusätzlichen Unterstützung, die auch zum Ziel hat, Deutschlands Verbündete für ihren Einsatz in Libyen zu entlasten, bleibt die Bundesregierung aber dabei, nicht mehr als 5.350 Soldaten in Afghanistan einzusetzen.

Wir machen den Euro und Europa zukunftsfähig

Die Stabilität des Euro hat für Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerste Priorität. Sie stellte dem Deutschen Bundestag an diesem Donnerstag im Rahmen einer Regierungserklärung zum Treffen der Staats- und Regierungschefs vom 24./25. März in Brüssel das Gesamtpaket zur Sicherung der Währungsunion vor.

Worum geht es?

Der bestehende Euro-Rettungsschirm (EFSF) wird ab 2013 durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) abgelöst. Der ESM wird sich aus einem Kapitalstock und Garantien der Mitgliedsländer zusammensetzen. Die Euro-Länder zahlen 80 Milliarden Euro ein, wovon Deutschland knapp 22 Milliarden Euro beisteuert. Zu den Kapitaleinstellungen kommen Garantien über insgesamt 620 Milliarden Euro. Der Fonds kann damit voraussichtlich 500 Milliarden Euro verleihen und erhält das begehrte beste Rating AAA. Der Aufbau des Kapitalstocks soll auf fünf Jahre verteilt werden. Mit dem ESM wird für den Euro ein tragfähiges Rettungsnetz für den äußersten Notfall geknüpft, sagte Merkel.

Die Bundeskanzlerin begründete die Anstrengungen der Bundesregierung für den ESM, indem sie die Bedeutung des Euro hervorhob: „Deutschland profitiert vom Euro wie kaum ein anderes Land in der Europäischen Union“, betonte sie. Die gemeinsame Währung sorgt für Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen in Deutschland. Sowohl aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen ist die Wirtschafts- und

Währungsunion unverzichtbar. Wie wichtig der Euro für die deutsche Wirtschaft ist, machte die Bundeskanzlerin anhand einer bemerkenswerten Zahl deutlich: In der Zeit von 1999 bis 2009 erhöhten sich die deutschen Exporte in die Euro-Zone um 48 Prozent. Als einen weiteren Garanten für die Stabilität machte Merkel die unabhängige Europäische Zentralbank aus.

Sie gab sich rückblickend davon überzeugt, dass Deutschland deutlich stärker von der Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen worden wäre, wenn man nicht die Gemeinschaftswährung gehabt hätte. Der Euro hat aber auch eine politische Dimension: Er ist laut Merkel Ausdruck der engen Verbundenheit und Verflechtung in der EU.

Aussetzung der Wehrpflicht

In dieser Woche beschloss der Deutsche Bundestag die Aussetzung der Wehrpflicht. Vor dem Hintergrund der veränderten sicherheitspolitischen Lage wird die Bundeswehr neu ausgerichtet. In diesem Zusammenhang wird die gesetzliche Verpflichtung zur Wehrdienstleistung nach dem Wehrpflichtgesetz außerhalb des Spannungs- oder Verteidigungsfalls ausgesetzt und der freiwillige Wehrdienst fortentwickelt.

Ziel ist ein Anteil von bis zu 15.000 freiwillig Wehrdienstleistenden, die auch im Auslandseinsatz eingesetzt werden können, wenn sie mindestens zwölf Monate dienen. Zur Überbrückung personeller Engpässe wird es künftig möglich sein, Verpflichtungsprämien für Mannschaftssoldaten aller Statusgruppen als finanziellen Anreiz zu zahlen. Die Aussetzung der Wehrpflicht führt auch zur Aussetzung des Zivildienstes. Die Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes

schafft künftig für alle Bürgerinnen und Bürger ein zusätzliches Angebot, das Gemeinwesen mitzugestalten und sich bürgerschaftlich zu engagieren. Der Bundesfreiwilligendienst wird Männern und Frauen jeden Alters nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht offen stehen. Der Einsatz im Bundesfreiwilligendienst soll in der Regel zwölf, mindestens sechs und höchstens 24 Monate dauern.

Parallel zur Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes werden die Länder beim Ausbau der heute schon bestehenden Jugendfreiwilligendienste unterstützt und das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) sowie das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) noch intensiver gefördert.

Weitere Informationen: www.cducsu.de

Was Sie schon immer über den Bundestag wissen wollten:

Wer darf im Bundestag reden?

Grundsätzlich nur die Abgeordneten sowie Mitglieder der Bundesregierung und des Bundesrates. Damit dies aber nicht zu einem „babylonischen Sprachgewirr“ führt, legt der Ältestenrat mit der Tagesordnung auch die Debattendauer und somit die Redezeiten fest. Die Redezeiten richten sich nach den Stärken der Fraktionen. Je größer die Fraktion, desto mehr Redezeit erhält sie und umso mehr Abgeordnete können ans Mikrofon treten. Die Verteilung auf die einzelnen Rednerinnen und Redner regeln die Fraktionen selbst. Der Sitzungspräsident achtet genau auf die Einhaltung der Redezeit und des Prinzips von Rede und Gegenrede. Er kann Rednern auch das Wort entziehen, sprich: das Mikrofon abstellen. (Quelle: Deutscher Bundestag, Fakten, Der Bundestag auf einen Blick

Nachrichten

Götz: Zustimmung zum Feuerwehrführerschein



Foto: ddp/Oliver Lang

„Endlich ist der Weg frei für einen wirksamen, kostengünstigen und unbürokratischen Feuerwehrführerschein bis 7,5t“, teilt der mittelbadische CDU-Politiker Peter Götz mit. Im zuständigen Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages, dessen Mitglied auch Götz ist, wurde der von der unionsgeführten Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zur Verbesserung des sogenannten „Feuerwehrführerscheins“ parteiübergreifend einstimmig angenommen. Mit der Annahme des Gesetzentwurfes im Deutschen Bundestag und im Bundesrat kann laut Götz gerechnet werden. „Damit wird die großartige Arbeit und das Engagement der freiwilligen Helfer bei den Feuerwehren, Rettungsdiensten, des technischen Hilfswerks und anderer Einheiten des Katastrophenschutzes gestärkt“, freut sich Götz. Für die betroffenen freiwilligen Fahrer eröffneten sich ein effektives und gleichzeitig einfaches Verfahren. Nach Inkrafttreten des Gesetzes kann auch die baden-württembergische Landesregierung die Ausstellung der Fahrberechtigungen entsprechend der regionalen und örtlichen Bedürfnisse selbst ausgestalten. Für die Hilfsorganisationen ist

es wichtig, dass sie neben der internen Einweisung auch eine organisationsinterne Prüfung auf Ersatzfahrzeugen mit einem zulässigen Gesamtgewicht von bis zu 7,5t durchführen können. Immer wieder stand Götz in dieser Frage im Kontakt mit den Verantwortlichen der Wehren und Rettungsdienste seines mittelbadischen Bundestagswahlkreises. Vor seinem Einzug in den Deutschen Bundestag war der CDU-Politiker als Bürgermeister in Gaggenau auch für die Feuerwehren zuständig. Deshalb freut er sich über dieses lang erkämpfte positive Ergebnis besonders.

Der Deutsche Bundestag wird voraussichtlich in seiner Sitzung am **07. April 2011** in 2./3. Lesung der vom Verkehrsausschuss beschlossenen Fassung des Gesetzesentwurfs zustimmen.

Weitere Informationen finden Sie auch unter: www.goetzpeter.de

Die nächste Bürgersprechstunde

von Peter Götz findet am **30. März 2011** von 15 - 17 Uhr in der CDU Geschäftsstelle in Baden-Baden, Sandweierer Str. 29, statt. Interessierte wenden sich bitte kurz vorher zwecks Terminabsprache an das Bürgerbüro in Rastatt Tel. 07229/181840, (peter.goetz@wk.bundestag.de)

Einige interessante Daten und Fakten

Baden-Württemberg schiebt Deutschlands Wirtschaft nach vorne

Mit einem derzeit geschätzten Wirtschaftswachstum von fast 5% ist im Vergleich aller Länder die Wirtschaft Baden-Württembergs im vergangenen Jahr am stärksten gewachsen. Für das erste Quartal 2011 erwartet das Statistische Landesamt sogar einen Anstieg von 5,5% gegenüber dem Vorjahr. Erneut profitiert das Land dabei von der Stärke seiner Industrie. So haben die Exporte dank der weltwirtschaftlichen Erholung fast wieder den Anschluss an die Rekordwerte vor der Wirtschaftskrise gefunden. Der Wert der baden-württembergischen Ausfuhren stieg gegenüber 2009 um fast 25 Prozent auf rund 154 Mrd €. Wachstumstreiber bei den Industriebranchen war vor allem der im Land besonders wichtige Fahrzeugbau. (Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg)

Unterrichtsausfall summiert sich im Laufe der Schulzeit auf ein Jahr

In Rheinland-Pfalz betrug der Unterrichtsausfall im Schuljahr 2008/2009 durchschnittlich 3,9%. Gegenüber der 1999 ermittelten Quote von 4,2 % war dies zwar ein geringfügiger Rückgang. Doch rechnet man externe Lehrkräfte, etwa aus der Feuerwehr oder anderen gesellschaftlichen Gruppen, heraus, so beläuft sich der Unterrichtsausfall auf 5,7%. Damit fallen über drei Wochen Unterricht in einem Schuljahr pro Schüler aus. Bis zum Ende der Schulzeit bedeutet das ein komplettes Jahr ausgefallener Unterricht – und damit auch fehlende Kenntnisse eines ganzen Jahres. (Quelle: Rechnungshof Rheinland-Pfalz, Jahresbericht 2011)

Verpflichtende Integrationskurse werden positiv bewertet

Laut einer repräsentativen Umfrage der Meinungsforschungsinstitute Info GmbH und Liljeberg Research International sind 95% der Türken in Deutschland der Meinung, dass alle türkischstämmigen Kinder vor der Schule eine Kindertagesstätte besuchen müssen, damit sie schon bei Schulbeginn gute Deutschkenntnisse aufweisen können. 91% der Befragten sind überzeugt, dass die Kinder von klein auf Deutsch lernen müssen, und 77% stimmen einem verpflichtenden zusätzlichen Deutschunterricht ab Schulbeginn mit mehreren Wochenstunden zu. Auch verpflichtende Deutsch- und Integrationskurse für Migranten ohne ausreichende Sprachkenntnisse werden von mehr als drei Vierteln positiv bewertet, 74% halten diese auch für nützlich. Insgesamt haben 15% der Türken in Deutschland an einem solchen Integrationskurs teilgenommen, von den seit weniger als zehn Jahren in Deutschland lebenden sogar 60%. Die eigenen Sprachkenntnisse beurteilten insgesamt 46% als sehr gut oder eher gut, von den unter 30-Jährigen 74%. Gleichwohl sprechen nur 8% zu Hause überwiegend Deutsch, 30% meinen, besser Deutsch als Türkisch zu sprechen. Fast alle der Befragten gaben an, Deutsch erst in Deutschland gelernt zu haben, vornehmlich von Freunden und Bekannten (35%), ohne jegliche Unterstützung (25%) oder aber über den Besuch von Sprachkursen (24%). Bloß 22% gaben an, ihre Deutschkenntnisse der Schule zu verdanken und nur 5% meinen, diese in einer Kindertagesstätte oder Vorschule erlangt zu haben. (Quelle: Info GmbH und Liljeberg Research International)